

Die Deutschen, der Faschismus und der Holocaust

- im Schatten des Jugoslawien-Krieges -

(Für eine andere Aufarbeitung der Schuld der Deutschen -
gegen die Instrumentalisierung der Schuld als politisches Instrument)

eigene und andere Texte

Tristan Abromeit, Hrsg.

Mai 1999

Text 21.7

Schickt die Atomparteien nach Hause!

AKW-Gegner in den Landtag!

(Das erste Flugblatt zur Gründung der grünen Partei / G. Otto – H. Müller, 1977)

Der Austritt /

Ein Zeugnis der Anklage und Resignation schon nach 5 Jahren
Detlef Obote

AKW-Gegner in den Landtag
Grüne Liste Umweltschutz

Die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN
leidet auch durch ihre verdrängte Geschichte
Ein Rückblick von Georg Otto, 2007

(Seiten 1 – 13)

Schickt die Atomparteien nach
Haus! AKW-Gegner in den
LANDTAG!

11% Stimmen für die Umwelt-
schützer in Paris!

Das können wir auch!

In Niedersachsen fällt
die Entscheidung über
die Energiepolitik:

Ohne Wiederaufberei-
tung keine Atomenergie!

Es kommt also alles auf uns an!

Mit Unterschriftensammlungen, Prozessen und Demonstrationen allein ist das Atomenergieprogramm nicht zu Fall zu bringen!

Das alles sind wichtige Kampfmittel, um die Bevölkerung zu mobilisieren!

Bauplatzbesetzungen, wie sie in W y l erfolgreich und wie sie im Handstreich am 19. Februar in G r o h n d e praktiziert wurden, sind in Zukunft nur gegen starke Polizeikräfte möglich

Auch wer nicht grundsätzlich Gewaltanwendung gegen die Gewalt des Staates ablehnt, sollte bedenken, daß das Atomkapital eine gewaltsamen und möglichst blutigen Zusammenstoß zwischen AKW - Gegnern und der Polizei geradezu braucht, um die Zuneigung des Volkes zu unserer Bewegung in Abneigung zu verwandeln!

Gehen wir daher dem Atomkapital nicht auf den Leim! Denken wir

nüchtern über die Konsequenzen jener Parolen nach, die uns zum

direkten Angriff auf die Atomfestungen Brokdorf, Grohnde u.a.

verleiten wollen!

Stellen wir durch disziplinierte große Demonstrationen die Einheit mit der Bevölkerung her; schaffen wir eine große Volksbewegung!

Aber werden sich die Herren Albrecht und Stälzenberg, Maihofer, Friedrich und Schmidt davon beeinflussen lassen?

Wenn unsere Aktionen bisher ihre Wirkungen auf Regierende und Gesetzgeber verfehlten und sie durch Scheinabstriche von ihrem Programm das Programm retten und uns Sand in die Augen streuen wollen, dann können sie doch nur so handeln, wenn sie bisher vom treuen Wählervolk immer wieder in ihrer Position bestätigt wurden.

Es bleibt uns gar kein anderer Weg als der radikal demokratische und radikalverfassungsgemäße Weg der Wahlbeteiligung!

Legt den Atomparteien das Handwerk! Wählt AKW - Gegner in den Landtag! Und zwar schon im nächsten Jahr!

Die Umweltschützer von Paris haben uns gezeigt, was wir machen müssen!

Bilden wir eine Wählerinitiative der Bürgerinitiativen und parteifreien

Wähler!

----- Wer mithelfen will, melde sich sofort als einzelner und trage diesen Gedanken in seine Bürgerinitiative!

Schreibt noch heute an Hermann Müller, 3257 Springe (Lüdersen), Bergstr.

|| An die Landesgeschäftsstelle der GRÜNEN Partei
und meinen GRÜNEN Freunden zur Kenntnis 25.7.84

Letztes Bote

Vor fünf Jahren haben sich viele Menschen auf das Wagnis eingelassen, sich die Zwangsjacke des Parteiengesetzes anzuziehen, um ein parlamentarisches Spielbein zu schaffen gegen den verderblichen Muff der Etablierten. Jedoch: In den vergangenen zweieinhalb Jahren ist es mir immer mehr unerträglich geworden, an unzähligen Einzelbegebenheiten zu erleben, was wir GRÜNEN uns tatsächlich an Strukturen installiert haben:

nämlich eine Partei-Hierarchie mit einer zwar aufmüpfigen, jedoch für dumm gehaltenen Basis.....

nämlich interne Machtkämpfe, Tricks und Finessen (Wer sich Macht ergattert, macht Politik!).....

nämlich plumpe demokratische Spiel- und Poker-Regeln, um Minderheiten glattzubügeln und auszuschalten.....

Ich erspare mir, meine Erlebnisse mit fünf Jahren GRÜNER politischer Arbeit etwa als Taschenbuch herauszugeben. Es ließe sich daran letztlich nur der absteigende Ast ablesen, an dessen Ende DIE GRÜNEN als weitere etablierte Partei ankommen. Und eine etablierte GRÜNE PARTEI war für mich von Anfang an ein untragbarer Widerspruch.

----- Deshalb trete ich aus der Landespartei

DIE GRÜNEN BADEN-WÜRTTEMBERG mit sofortiger Wirkung aus.

--- Parallel dazu kündige ich das Abonnement 'GRÜNE BLÄTTER'.

Natürlich weiß ich nur zu gut, daß es nicht nur machtlüsterne Parteifunktionäre und Geschäftsführer gibt, sondern auch viele ehrlich bemühte Fachleute und energische Idealisten. Auch davon ließe sich ein Buch füllen! Diese Vielzahl von fachlichen und menschlichen Aktivitäten hat ja die 'URGRÜNEN' Anliegen in das Bewußtsein der Öffentlichkeit so hineingearbeitet, daß heute keine politische Gruppierung mehr darum herumkommt. Diese Leistung vieler Menschen im Sinne einer Bürgerinitiativ-Bewegung ist es wirklich wert, nach fünf Jahren gefeiert zu werden. So gesehen haben DIE GRÜNEN als sonstige politische Vereinigung ihr Ziel erreicht und ihre Aufgabe erfüllt.

- Nur wird leider nach meinen Erfahrungen dieses geistige Vermögen zwischen den Hebeln, Stangen und Mahlsteinen der Strukturen einer GRÜNEN PARTEI zerrieben - und übrig bleiben Strukturmüll, Frust, vergiftete Atmosphäre intern, saures Reagieren auf die einstigen hohen menschlichen Zielsetzungen.

----- Den GRÜNEN Freunden, besonders in Gmünd, bleibe ich nach wie vor mit Anteilnahme und Unterstützung verbunden.

e.

Es begann vor 30 Jahren:

AKW-Gegner in den Landtag

GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ

Die Glaubwürdigkeit der GRÜNEN leidet
auch durch ihre verdrängte Geschichte.

Ein Rückblick von Georg Otto, einem Akteur der ersten Stunde.

Von der Kreistagswahl Hildesheim 1977 zur Landtagswahl Niedersachsen 1978. ¹

Am 19. Februar 1977 fand die erste Demo gegen das geplante AKW Grohnde an der Weser statt. Zwei Wochen später verteilte Jürgen Funk bei der zweiten Demo die ersten 1000 Aufrufe „AKW-Gegner in den Landtag“. Im Aufruf hieß es: „Schickt die Atomparteien nach Hause – und zwar schon im nächsten Jahr!“ 1978 war Landtagswahl in Niedersachsen. Verschiedene Salzstöcke wurden als Endlager für Atommüll genannt. Die Suche konzentrierte sich auf Gorleben. Auch Wiederaufarbeitung von Brennstäben war im Gespräch. Im Aufruf hieß es: „In Niedersachsen fällt die Entscheidung über die Atompolitik – Ohne Wiederaufbereitung keine Atomenergie – Es kommt also auf uns an!“

Es wurden damals zwei unterschiedliche Strategien diskutiert: Gewalt gegen Sachen und gewaltsame Platzbesetzungen, zum anderen der gewaltfreie Kampf über den Einzug in Parlamente. Nachdem Unterschriftenaktionen; Pro-

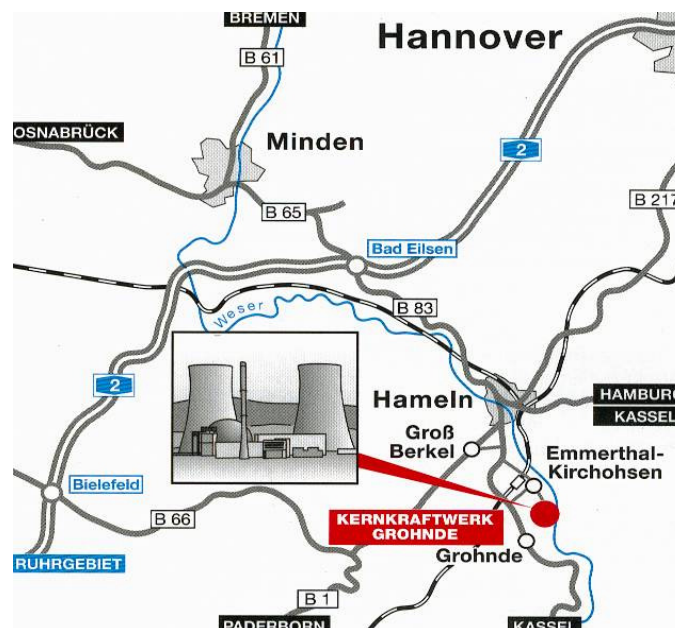
¹ Der Autor hat mir 4 verschiedene Dateien, in denen die Texte leicht variieren, für diese Dokumentation zur Verfügung gestellt. Ich gehe davon aus, daß die ausgewählte Version, dem Text in den „Alternativen“ Nr. 62 vom Herbst 2007 entspricht. Die Anmerkungen, die in den Alternativen aus Platzgründen nicht veröffentlicht wurden, habe ich einer anderen Version entnommen und hier – bis auf eine - als Fußnoten gebracht. TA

zesse, Demos ihre Wirkung auf Regierende und Gesetzgeber verfehlten, blieb keine Wahl als zwischen bisheriger Erfolglosigkeit, zwischen Gewalt und zwischen Wahlbeteiligung mit dem Ziel des Einzugs in Parlamente. Ich rief daher mit Freunden zu einer Wählergruppe aus Bürgerinitiativen und parteifreien Bürgern auf.

Koordinator war Hermann Müller, Lüdersen bei Springe. Verfasser war ich, damals Lehrer am Scharnhorst-Gymnasium Hildesheim. Ich konnte noch nicht in Erscheinung treten, weil ich erst einen Ausschlussantrag aus der SPD gewinnen wollte ², ehe ich für die Bildung einer ökosozialen Partei eintrat. Auch an den Demos konnte ich nicht teilnehmen – damals war samstags noch Unterricht. Nach der ersten Aktion gab es mehrere Treffen. Ende Mai mit ca. 50 Leuten in Hannover. Die Spannbreite reichte von der damals noch nationalen, aber schon stark ökologisch ausgerichteten AUD (Aktion Unabhängiger Deutscher) bis zum KB (Kommunistischer Bund). Die KBler gaben sich aber nicht zu erkennen. Erst aus ihrem nächsten „Arbeiterkampf“ erfuhren wir, dass sie Teilnehmer und Gegner des Vorhabens waren. Carl Beddermann, der in Grohnde das Flugblatt erhielt und die USP, Umweltschutzpartei, gegründet hatte, und gegen Mittag zu einem Paralleltreffen ins Wendland fuhr, stellte sich vor. Bei der Meinungsvielfalt wurde kein Einvernehmen erzielt. Während ich das gemeinsame Anliegen der AKW-Gegner betonte, hatten andere Frei-wirtschaftsanhänger das Gefühl, sie kämen mit ihrem Anliegen zu kurz. Die Hildesheimer Stammgruppe Liberalsozialer Arbeitskreis Dritter Weg kam

2 Zur Ehre des SPD-Unterbezirks ist zu sagen, dass dieser den Antrag des OV Eberholzen zurückwies, der Otto vorwarf, er hätte sich in seiner Argumentation gegen die SPD Bundespolitik Argumente der CDU bedient und sich geweigert, seine Briefe an den Bundesvorstand dem OV zur Genehmigung vorzulegen. Dazu war es gekommen als Dr. Wolfgang Bolz, neuer Soziologe an der Uni Hildesheim als Nachbar Ottos neu in den Ort zog und als Gegner dessen geld- und bodenpolitischen Positionen den OV gegen dessen Positionen einnahm. Der OV war aber zu feige, die Ablehnung des Antrags dem Auszuschließenden mitzuteilen, der erst nach der Wahl, als der Unterbezirk um die grüne Stimme im Kreistag warb, dies vom Vorsitzenden des Unterbezirks erfuhr. Otto war ohnehin entschlossen nach gewonnenem Ausschlussverfahren auszutreten und zur Bildung einer sozialökologischen Partei aufzurufen.

später zum Entschluss sich als Regionalgruppe der USP an der Landtagswahl zu beteiligen. Für die Vorbereitungen war genau noch ein Jahr Zeit! Damals wurde über die Gebietsreform entschieden. Die Kreise Hildesheim-Alfeld, Hameln-Pyrmont, Soltau-Fallingb. wurden vereinigt und die Kreistage am 23. 10. 1977 gewählt. Unter der Parole: Jetzt probieren wir es! entschied sich die USP Hildesheim für die Teilnahme und kündigte das am 25. August mit einer Pressemeldung an, dass sie vorbereitend für die Landtagswahl zur Kreistagswahl für die auf Niedersachsen begrenzte USP antrete: Für die Bundestagswahl 1980 strebe sie ein breites Bündnis von Umweltschützern und Sozialreformern an. Die kapitalbedingte Ursache der Umweltzerstörung und des Wachstumszwanges wie des Vorranges des Kapitalgewinns vor der Entlohnung der Arbeit, sei anzugehen. Sofort entzog uns der Vorstand das Recht zur Namensführung USP, die diese Ziele nicht teilte. Zwei Tage später beschlossen sieben Freunde in der Nordstemmer Atelierscheune von Anton Mook als Wählergruppe GRÜNE LISTE UMWELTSCHUTZ – GLU teilzunehmen. Im Programm stand: *Kampf gegen das AKW-Grohnde, 20 km Luftlinie vom Kreis, 30 - 40 km von der Stadt Hildesheim, Einsatz für alternative Energien. Statt Müllverbrennung seine Kompostierung und Sortierung zur Verwertung.*



Grün stand für Natur, Zukunft und Hoffnung und grün war auch die Farbe der freiwirtschaftlichen Bewegung für einen liberalen Sozialismus, aus der vor allem Günter Walter, Anton Mook und ich kamen. Liste symbolisierte Basisdemokratie und den Aufstand gegen den formal zwar demokratischen Parteien- und Staatsbetrieb, in denen tatsächlich Oligarchien von Männerbünden (z.B. Wehner, Brandt, Schmidt) das Sagen hatten und die Parlamente dominierten. Das wurde in der Atompolitik der SPD deutlich. Prof. Karl Bechert war jahrelang Vorsitzender im Ausschuss für Energiefragen, hatte aber eher gegen die Politik der SPD-Regierung zu kämpfen. Umweltschutz verstärkte den Öko-Ansatz. Schon im Wahlkampf trat die GLU der späteren Abstempelung als Einpunktpartei entgegen. Im Aufruf für die Bundestagswahl 1980 eine sozial-ökologische Liste zu bilden, wurde deutlich, dass es den Gründern um Überwindung der umweltzerstörenden Wachstumspolitik des Kapitalismus ging.

In drei Wochen war alles geschafft: Für alle 11 Bereiche 1 Kandidat und je 30 Unterschriften. Wir brachten es auf über 30 KandidatInnen und auf über 600 Unterschriften. Die letzten Listen trieb ich am Tage der Abgabe der Unterlagen in Söhlde und Bockenem ein, ließ sie in den Gemeinden bestätigen und gab sie beim Wahlleiter ab. Es folgte für mich ein aufreibender Wahlkampf mit starker Vernachlässigung des Berufs. Am Wahltag belohnten uns 1,2% Stimmen mit 1 Sitz im Kreistag. In Hameln-Pyrmont, Standort des AKW Grohnde, erreichte die Liste „Atomkraft Nein Danke!“ 2,4% und 1 Sitz. In Soltau-Fallingb., Sitz der USP, gab es keine grüne Kandidatur.³

Nach der Wahl gab es einen Glückwunsch der USP mit der Erklärung, sie sei

³ Dass so rasch KandidatInnen und HelferInnen bei der Unterschriftensammlung zur Verfügung standen, lag auch daran, dass auf Teilnehmer an Wirtschafts- und Ökologiekursen, die Otto in den 10 Jahren vorher, er kam 1966 nach Hildesheim, in der VHS hielt, zurückgegriffen werden konnte, auch auf Teilnehmer der Diskussionen im Politischen Forum des Hauses der Jugend.

bereit, den Namen GLU anzunehmen und mit der Hildesheimer Gruppe die Landtagswahl vorzubereiten. Dieser war klar, dass sie selbst dazu nicht in der Lage war, bes. weil ich aus beruflichen Grünen politisch kurz treten musste.⁴ Am Bußtag 1977, zum SPD-Parteitag in Hamburg, verbrannte sich, angekettet an ein Kirchentor, der christliche Atomenergiegegner Hartmut Gründler aus Protest gegen die SPD-Atompolitik. Dem Parteitag war dies keine Debatte wert. Dagegen wurde über die Gefahr der grünen Listen diskutiert. Infos zu diesem Protesttod veröffentlichten seine Freunde in „Hartmut Gründler – Ein Leben für die Wahrheit – ein Tod gegen die Lüge“. Vertreter der GLU und der 11 Kreisgruppen der USP bildeten an diesem Tag in Schwarmstedt den Landesverband der GLU und setzten dies am 11. 12. in Hildesheim mit Programmbeschluss und Vorstandswahl fort, zu der ich nur als Beisitzer kandidieren konnte. Carl Beddermann wurde Vorsitzender.

Dieser baute die GLU mit Hilfe der Bürgerinitiativen und der AUD, die in 20% des Landes verbreitet war, rasch auf. Eine Landesliste konnte nur in den 99

⁴Hans Kühn, Osterode, hat G. Otto immer vorgeworfen, auf die Durchsetzung des liberalsozialen Geld- und Bodenrechts bei Gründung des Landesverbandes verzichtet zu haben. Dazu hätte der 11. 12. 1977 nicht gereicht, denn außer den Hildesheimer Delegierten hatte niemand davon Kenntnisse. Eine Verzögerung der Gründung nach 1978 war nicht vertretbar und hätte die Wahlteilnahme in allen 99 Wahlkreisen gefährdet. Der Wahlkreis Schaumburg verpasste ohnehin die termingerechte Abgabe der Unterlagen und so konnte dort die GLU nicht gewählt werden.

Und wer noch wissen will, wie das alles finanziert wurde? Ob die Zahlen noch beim Landesverband Niedersachsen existieren? Die Kassiererin Käthe Thomas aus Stade kann sie nicht mehr mitteilen. Aber es müssen über 100.000 DM gewesen sein. Sie wurden von Mitgliedern und Anhängern vorgestreckt, wie bei der Kreistagswahl Hildesheim, wo die GLU mit 500 DM auskam. Vorgestreckt hieß konkret, die Darlehensgeber schlossen einen Vertrag mit der GLU, dass diese das Geld voll zurückzahlt, wenn die zu erwartende Wahlkampfkostenerstattung dafür ausreicht. Das Risiko, die dafür nötige Mindeststimmenzahl (ungefähr 1,5%) zu verfehlen, war ziemlich gering.

Otto konnte seine beruflichen Schwierigkeiten nach einem Gespräch mit seinem Dezernenten insofern lockern /vertagen, dass dieser ihm empfahl, sich zeitlich beurlauben zu lassen, um dem „fulltime-job“, des Aufbaues einer Partei nachgehen zu können, was damals allerdings nicht machbar war, sich aber ein Jahr später, nach der ersten Europawahl der grünen Parteien und Verbände, und mit schweren inneren Kämpfen in der GLU, jetzt den GRÜNEN, anbot.

Landtagswahlkreisen gewählt werden, in dem ein/e KandidatIn je 100 Unterschriften erhielt. Das wurde in 5 Monaten mit mehr als 9.900 Unterschriften im ganzen Lande geschafft. Ohne Beddermann, der das von seinem Büro aus organisierte, vor allem ohne die Mitarbeit der 100 – 200 Bürgerinitiativen Umweltschutz, die es damals gab, wäre das nicht zu schaffen gewesen.

Zu Beginn 1978 versuchte die trotzkistische Sozialistische Arbeiter Gruppe (SAG), die in Hameln den Erfolg der Liste „Atomkraft Nein Danke“ organisierte, eine linke Wahlliste zu bilden. Bei ca. 200 Teilnehmern wurde keine Einigkeit erzielt, die Positionen der GLU von Dr. Kay Hoffmeister, Winsen an der Luhe und mir verteidigt. In der Folge kam es zu einer Stärkung der GLU auch an Hochschulstandorten und eine linke oder „Bunte Liste“, wie in Hamburg, entstand nicht.

Je näher der Abgabetermin der Wahlunterlagen kam, umso dringender mussten noch freie Wahlkreise besetzt werden. Auch G. Otto schaltete sich wieder ein. Mit Prof. Rolf Bertram, Osterode, wurde der Harz erschlossen. Bertram von Süden und Otto von Westen und Norden. Die Liberalsozialen aus Nordstemmen nahmen sich das Weserbergland vor. Die vier Hildesheimer Wahlkreise wurden von Hartmut Stoehr, Hannelore Otto, Georg Otto und Ursula Sittig besetzt.

Vor dem ersten Wahlparteitag, zwei wurden nötig, beide organisierte Erich Haye in Fischerhude, stellte sich heraus, dass das vom Vorsitzenden in Druck gegebene „bewahrende und beschützende“ Plakat mit dem grünen Regenschirm wenig überzeugte. Die Mehrheit wollte nicht nur auf die wertkonservative Seite der grünen Idee setzen. Werner Schirr, Gartenarchitekt aus Pyrmont und wie Naturheilarzt Dr. Bruker gegen das AKW Würgassen, die Seele des Widerstands gegen das AKW Grohnde, beauftragte nach Rücksprache mit

G. Otto eine Gruppe junger Designer mit dem Entwurf von 8 Plakaten, die beim 2. Wahlparteitag vorgestellt wurden, ohne dass es zu einer Entscheidung kam. Otto nahm alle Entwürfe mit nach Hause. Am anderen Morgen wurden sie im Garten aufgestellt und von Hannelore Otto und ihm getestet, welche weit erkennbar für Straßen und welche mit mehr Text gut für Fußgängerzonen waren. Die Entscheidung fiel für „Nicht schwarz sehen – grün wählen!“ mit beiden Farben und dem Symbol des grünen Ahornblattes im gelben Kreis, das auch als Aufkleber gegen den Regenschirm des Vorsitzenden bestellt wurde. Plakat Nr. 2 war: „Die Natur muss erhalten bleiben – Blatt für Blatt“ mit grünen Blättern auf weißem Grund und Symbol. Für Fußgänger: „Fahren Sie ruhig ins Grüne – die Wahllokale sind bis 18 Uhr offen!“ Das Vierte: Auch unser Arbeitsplatz ist ein Teil unserer Umwelt.“ Noch am Vormittag bestellt und in Druck gegeben, noch vor Sonntag bei Bielefeld abgeholt, am Sonntag bei der ersten Regionalkonferenz in der Landesmitte ausgegeben und die übrigen Regionen durch Heiner Otto mit dem Familien VW-Bus versorgt, konnte die Plakatierung im ganzen Land spätestens 3 – 4 Wochen vor der Wahl noch gesichert werden.

Carl Beddermann konnte sich bei der Wahl der Landesliste noch auf Platz 1 durchsetzen, ich unter den ersten 5%. Während des Wahlkampfes lief alles immer mehr ohne ihn ab. Dass er sich von seiner Arbeit freimachte, war bei der Organisation der Wahlkreise unentbehrlich. Jetzt nahm die neue Basis ihre Sache selbst in die Hand. Wenig Regenschirme – in manchen Regionen gar keine - waren zu sehen. Die neuen Plakate und Infostände waren Hauptwahlmittel und noch vier Wochen – das war Überzeugung der WahlkämpferInnen – und wir hätten die an 5% fehlenden 500 Stimmen je Wahlkreis geschafft! Viele Gruppen gab es erst seit März oder April und am 4. Juni war die Wahl! Und sie brachte der GLU aus dem Stand 3,9% der Stimmen. Ohne Schaumburg.

Dort wurde der Termin zur Abgabe der Wahlunterlagen verpasst.

Eine Rechnung – wurde sie angestellt oder nicht – ging auf. Die GLU blieb mit fast 5% dem Landtag fern, kostete besonders der SPD Stimmen und Ernst Albrecht konnte seine Atompolitik fortsetzen. --- Ein Gutes hatte der Ausgang der Wahl doch: Ein Abgeordneter Carl Beddermann blieb uns erspart. Die Auseinandersetzung mit ihm begann sofort, führte zu seinem Überschwenken auf den Kurs Dr. Herbert Gruhls. Dieser trat aus der CDU aus und gründete die konservative GAZ – GRÜNE AKTION ZUKUNFT, die konkurrierend zu GLU in Hamburg, Hessen und NRW Fuß fasste. In Hamburg bildete sich zusätzlich die linke Bunte Liste. Im Norden die mit der GLU befreundete GRÜNE LISTE Schleswig-Holstein.

Carl Beddermann trat zurück, an seiner Stelle kandidierte der konservative Staatsanwalt Dr. Eickhoff. Die Frage war, mit wem der wertkonservativ-bürgerliche, der links-liberale Flügel und die GLU-Linken der Uni-Städte, gegen einen sehr konservativen Kandidaten geeint werden konnten. Ich schlug dafür Martin Mombauer vor, Dozent einer VHS-Heimschule im Wendland – dort Wortführer der Atomenergie-Gegner bis weit in die Bauernschaft. Dieser votierte für mich und nach Beratung der verschiedenen Flügel wurde ich als Kandidat vorgeschlagen und von 85% der Delegierten gewählt.

Über „Von der GLU über die Europa-Grünen zur grünen Bundespartei“ (1978-1980) informiert ein späterer Aufsatz: Er ist ab 2008 unter www.alternativen.biz abzurufen. Ebenso dieser Text und verschiedene Anmerkungen dazu. Ergänzungen und Widersprüche nimmt G. Otto gern entgegen:

31079 Eberholzen, Gänseberg 11.

Das Heft „10 Jahre grüne Politik“ ca. 50 S. gibt

es noch zu € 3,-. Ihm wird der Text des ersten Aufrufs „Atomenergie-Gegner in den Landtag“ beigelegt. Mail: alternative-dritterweg@t-online.de. Die Broschüre zu Hartmut Gründler kann evtl. zu € 9,- noch besorgt werden.

Die ALTERNATIVEN, Zeitschrift auch der LIBERALSOZIALEN in den GRÜNEN, die den Text zuerst veröffentlicht, ist anzufordern. Die Mitgliederzeitungen der GRÜNEN Niedersachsen und des Bundes veröffentlichten diesen Aufsatz mit der Begründung, es stünde kein Platz wegen der Wahl 2008 zur Verfügung, nicht!

Weiter Informationen unter:

www.alternativen.biz

